



Ausschuss für Familie, Kinder und Jugend

18. Sitzung (öffentlich)

10. August 2023

Düsseldorf – Haus des Landtags

10:00 Uhr bis 12:05 Uhr

Vorsitz: Wolfgang Jörg (SPD)

Protokoll: Gertrud Schröder-Djug

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

- 1 Wissenschaftlich belegte Folgen der Pandemie ernst nehmen: psychosoziale Gesundheit von Kindern, Jugendlichen und Familien im Bildungsbereich stärken!**

7

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 18/628

Ausschussprotokoll 18/67 (Anhörung am 15.11.2022)

– keine Wortbeiträge

Die Beratung wird verschoben.

- 2 Weiter aufholen in schwierigen Zeiten – Jugendverbandsarbeit stärken.**

8

Antrag
der Fraktion der FDP
Drucksache 18/982

Ausschussprotokoll 18/132 (Gespräch mit Gästen am 19.01.2023)

– abschließende Beratung und Abstimmung

– Wortbeiträge

Der Ausschuss lehnt den Antrag der FDP-Fraktion Drucksache 18/982 mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und AfD gegen die Stimmen der Fraktionen von FDP und SPD ab.

3 Für Gesundheit, Landwirtschaft & Umwelt: Entwicklung einer ganzheitlichen Ernährungsstrategie für Nordrhein-Westfalen 10

Antrag
der Fraktion der CDU und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 18/2550

Ausschussprotokoll 18/265 (Anhörung am 23.05.2023)

– abschließende Beratung und Abstimmung

– Wortbeiträge

Der Ausschuss stimmt dem Antrag der Fraktion der CDU und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache 18/2550 mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD und AfD bei Enthaltung der FDP-Fraktion zu.

4 NRW braucht einen Masterplan zur Stärkung der Kindergesundheit! 14

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 18/2552

Ausschussprotokoll 18/244 (Anhörung am 10.05.2023)

– abschließende Beratung und Abstimmung

– Wortbeiträge

Der Ausschuss lehnt den Antrag der SPD-Fraktion Drucksache 18/2552 mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und AfD gegen die Stimmen der SPD-Fraktion bei Enthaltung der FDP-Fraktion ab.

5 Einsatzkräfte schützen und Vertrauen in die Handlungsfähigkeit unseres Rechtsstaats bewahren – die Landesregierung muss Konsequenzen aus der Silvesternacht ziehen! **21**

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 18/2553

Ausschussprotokoll 18/248 (Anhörung am 11.05.2023)

– abschließende Beratung und Abstimmung

– Wortbeiträge

Der Ausschuss lehnt den Antrag der SPD-Fraktion Drucksache 18/2553 mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und AfD gegen die Stimmen der SPD-Fraktion ab.

6 Chancengleichheit von Anfang an-Fachkräftemangel in der frühkindlichen Bildung sofort entschieden begegnen **23**

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 18/3305

In Verbindung mit:

Zwischensprint nötig – mehr Anstrengungen im Kampf gegen den Fachkräftemangel in der frühkindlichen Bildung

Antrag
der Fraktion der FDP
Drucksache 18/3655

– abschließende Beratung und Abstimmung

– Wortbeiträge

Der Ausschuss lehnt den Antrag der SPD-Fraktion Drucksache 18/3305 mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und AfD gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD und FDP ab.

Der Ausschuss lehnt den Antrag der FDP-Fraktion Drucksache 18/3655 mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und AfD gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD und FDP ab.

7 Chancengleichheit jetzt! Das Erfolgsmodell der Familiengrundschulzentren schnell und flächendeckend in NRW etablieren! 34

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 18/3306

Ausschussprotokoll 18/228 (Anhörung am 26.04.2023)

- abschließende Beratung und Abstimmung

– Wortbeiträge

Der Ausschuss lehnt den Antrag der SPD-Fraktion Drucksache 18/3306 mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und AfD gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD und FDP ab.

8 Einsamkeit in NRW: Warum jetzt gehandelt werden muss! 37

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 18/4852

- keine Wortbeiträge

Der Ausschuss beschließt, sich an einer eventuellen Anhörung des Ausschusses für Arbeit, Gesundheit und Soziales nachrichtlich zu beteiligen.

9 Damit alle einsteigen können: NRW braucht kostenlosen ÖPNV für Kinder und Jugendliche sowieso ein echtes Solidarticket **38**

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 18/4584

- keine Wortbeiträge

Der Ausschuss beschließt, sich nachrichtlich an einer eventuellen Anhörung des Verkehrsausschusses zu beteiligen.

10 Chancengleichheit schaffen – Inklusion in der Kita auf ein breites Fundament stellen 39

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 18/4585

– Wortbeiträge

Der Ausschuss beschließt, eine Anhörung durchzuführen.

11 Inobhutnahmen von Kindern und Jugendlichen in NRW – Entwicklung der letzten Jahre (Bericht beantragt von der SPD-Fraktion [s. Anlage]) 40

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 18/1415

– Wortbeiträge

12 Familienfest.NRW (Bericht auf Wunsch der Landesregierung) 43

– mündlicher Bericht der Landesregierung

– Wortbeiträge

13 Verschiedenes 45

3 Für Gesundheit, Landwirtschaft & Umwelt: Entwicklung einer ganzheitlichen Ernährungsstrategie für Nordrhein-Westfalen

Antrag
der Fraktion der CDU und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 18/2550

Ausschussprotokoll 18/265 (Anhörung am 23.05.2023)

– abschließende Beratung und Abstimmung

*(Überweisung des Antrags an den AULNV – federführend – sowie
an den Ausschuss für Familie, Kinder und Jugend am 26.01.2023)*

Norika Creuzmann (GRÜNE) merkt an, der Antrag sei in dem anderen Ausschuss noch nicht abschließend beraten worden. Die Anhörung zu dem Antrag sei sehr positiv gewesen, relevante Aspekte seien hervorgehoben worden. Es wäre wunderbar, wenn diese Strategie vom Landwirtschaftsministerium umgesetzt werde. Sie empfehle, diesem Antrag zuzustimmen.

Klaus Hansen (CDU) macht darauf aufmerksam, dass es einmal um die Weiterentwicklung des Kantinenprogramms gehe, wobei man nicht nur die Verpflegung in den Kindergärten und Schulen im Blick habe, sondern das Kantinenprogramm für alle großen und kleinen Häuser. Das Ganze gehe auch in eine andere Richtung. Im Herbst werde noch ein Antrag eingebracht, in dem es um die Ernährungsbildung gehe. Das werde auch im Landwirtschaftsministerium verankert sein. Nach der Sommerpause gehe es jetzt in der Beratungen. Das betreffe den Bereich Bildung, Wertschöpfung von Nahrungsmitteln. Es solle ein Bildungsprogramm für Kindergärten und Schulen entwickelt werden. Das sei zweigleisig. Hier gehe es in erster Linie um das Kantinenprogramm.

Frank Müller (SPD) betont, er könne sich der Lobeshymne nicht anschließen. Er habe auch an der Anhörung teilgenommen. Am Ende könne man sagen, der Antrag sei von folgender Richtigkeit. Da stehe vielleicht nichts Falsches drin, aber das könne nicht ausreichen, um im Fachausschuss diesem Antrag zuzustimmen. Man sei in den Debatten auch in der letzten Wahlperiode weiter gewesen. Es habe Antragsstellungen seiner Fraktion und auch umfangreiche Anhörungen gegeben. Er bedauere sehr, dass dieser Antrag weiter hinter den Erkenntnisstand von damals zurückfalle, auch hinter die Notwendigkeiten.

Er könne den Antrag nur vor dem Hintergrund bewerten, wie er sich auf den Bereich auswirke, den der Ausschuss hier zu verantworten habe. Der Ausschuss sei aufgefordert, sich dazu zu verhalten. Er könne diesem Antrag nicht zustimmen, weil im Forderungsteil nichts zur Kita-Verpflegung stehe. Das Wort Kita stehe im Begründungsteil einmal drin. Der Antrag sei zu einer Zeit entstanden, in der man schon auf die Pro-

bleme der frühkindlichen Bildungseinrichtungen hätte eingehen können, er lasse das Thema Schulen außen vor. Das könne man nächste Woche im Schulausschuss beraten.

Es fehle die kostenfreie Verpflegung, die soziale Situation von Familien, die massiven Preissteigerungen. Nicht thematisiert werde, dass das KiBiz das Thema „Ernährung“ im Prinzip nicht aufgreife, dass mit Blick auf den Einbau von Küchen die Investitionskosten gerade durch die Decke gingen – er denke an den Einbau von Wirtschaftsküchen und steigende Edelstahlpreise. Man müsse sich auch fragen, wie die Landesregierung das alles in einem künftigen KiBiz bei den Punkten, die als künftige Revisionschritte anstünden, berücksichtigen wolle. Es sei auch zu überlegen, wie Küchenkräfte zusätzlich gefördert werden könnten.

Auf das alles hätte man eingehen können, auch auf die Fragen, welchen Stellenwert das Thema habe, welchen Standard man sich wünsche, ob man Cook and Chill, Frischküche wolle, wer sich in den Einrichtungen darum kümmere, wie es Einrichtungsträger verantworten wollten. Über all das hätte man sprechen können. Man hätte auch über einen Orientierungsrahmen sprechen können, woran sich die Einrichtungen orientieren sollten, ob man den DGE-Qualitätsstandard übernehme, ob man sich daran orientiere, was der finanzielle Rahmen sei, ob es ein Sonderinvestitionsprogramm gebe.

Es gebe nicht nur Neubauten in der Kita-Landschaft. Viele Träger, insbesondere die kirchlichen Träger, verfügten über sehr kleine Einrichtungen, in denen zum Beispiel das Thema Ernährung, Frisch-Kochen überhaupt nicht angegangen werden könne, weil es da keine räumlichen Ressourcen gebe. All diese Fragen hätte man miteinander besprechen können. Das werde hier gar nicht erwähnt. Folgerichtig seien diese Fragen auch nicht Teil der Anhörung gewesen. Insofern wundere es ihn nicht, dass zu dem sehr allgemein gehaltenen Antrag die Anhörung am Ende positiv ausgegangen sei. Wenn man Anträge so schreibe, wisse er auch nicht, wie eine Anhörung anders ausgehen solle.

In der Anhörung habe es leise Kritik daran gegeben, dass genau diese Leerstellen durch den Antrag nicht abgearbeitet würden. Insofern sei er gespannt auf das, was die Ministerin für den Herbst angekündigt habe. Da habe die Ministerin die Chance, das besser zu machen. Nur weil da nichts Falsches drin stehe, werde seine Fraktion diesem Antrag, der kein einziges Problem aufgreife, das seit Jahren in der Kitalandschaft bestehe, nicht zustimmen können.

Marcel Hafke (FDP) merkt an, Herr Müller habe zu dem Thema alles gesagt. Deswegen werde seine Fraktion dem Antrag auch nicht zustimmen.

Zacharias Schalley (AfD) betont, der Antrag enthalte viele Binsenweisheiten, die jeder mittragen könne. Gleichzeitig werde wieder die Quadratur des Kreises versucht. Das Essen solle gesund und regional sein, es müsse auch bezahlbar sein, gerade in öffentlichen Einrichtungen. Dann sollten die Kitas und Schulen noch mehr Zusatzaufgaben in einem System übernehmen, das ohnehin schon kurz auf knapp genäht sei. Woran es vor allen Dingen fehle, sei der Aspekt, dass die Lebensmittelverschwendung, die in öffentlichen Verpflegungsstätten, in Kantinen stattfinde, wo am meisten

weggeschmissen werde, bekämpft werden müsse. Da sehe er keinen Lösungsansatz. Von daher werde seine Fraktion dem Antrag nicht zustimmen.

Klaus Hansen (CDU) meint, an Herrn Müller gewandt, es sei nicht Aufgabe des Ausschusses, darüber zu entscheiden, wie die Farbe der Küche in der katholischen Kita aussehe. Das gehe zu weit. Wenn man den Antrag richtig gelesen habe, würden in der Argumentation Kindertagesstätten und andere aufgeführt. Das habe man im Blick. Man könne sich darauf verlassen, dass die Koalitionsfraktionen die Sache sauber und ordentlich durcharbeiteten.

Frank Müller (SPD) plädiert dafür, entlang dessen zu diskutieren, was man tatsächlich sage. Es gehe nicht um Küchenfarben, sondern es gehe darum, dass die Frage von Kücheninvestitionen, Küchenkräften überhaupt nicht geregelt sei. Das könne man über Investitionskosten abbilden. Es gehe um den Stellenwert von Küche, das, was pädagogische Frischküche bedeute. Da gehe es nicht um gelb, rot oder grün. Da könne man nicht sagen, man wolle sich jetzt einmischen.

Der Landesgesetzgeber sei zuständig für die frühkindliche Bildung und das, was man in der frühkindlichen Bildung wolle. Wenn man der Auffassung sei, das Thema „gesunde Ernährung“ gehöre dazu, dann müsse man das auch regeln. Dann könne man nicht einfach sagen: „Vertrauen Sie uns, wir haben das im Blick.“ Wenn man es im Blick habe, müsse man es aufschreiben, mit Forderungen hinterlegen. Dann müsse man dazu Haushaltsanträge stellen. All das hätten die Koalitionsfraktionen bei den letzten Haushaltsberatungen nicht getan, würden sie höchstwahrscheinlich bei den nächsten Haushaltsberatungen auch nicht tun. Das hätten die Koalitionsfraktionen mit diesem Antrag auch nicht getan.

Im Forderungsteil beschäftige man sich überhaupt nicht mit den Fragen, was nötig in Kitas und Schulen sei, um die Verpflegungssituation zu verbessern. Auch wenn es angeblich so gemeint sei, sei es dennoch nicht im Antrag zu lesen. Er könne doch nur entlang dessen diskutieren, was in dem Antrag niedergeschrieben sei. Der Ausschuss mache hier ja keine Textinterpretation. Es werde etwas aufgeschrieben, ein Auftrag an die Landesregierung formuliert. Dieser Auftrag an die Landesregierung führe nicht dazu, dass in dem Bereich, den Herr Hansen gerade beschrieben habe, irgendetwas passieren werde.

Im Herbst gebe es noch einmal einen Antrag, den man miteinander beraten werde. Vielleicht werde er etwas konkreter. Vielleicht überrasche man ihn ja in den Haushaltsberatungen. Um die Farbe der Küchen gehe es nicht. Edelstahl habe in der Regel nur eine Farbe, sei am Ende Silber. Anders sähen Wirtschaftsküchen aus seiner Sicht nicht aus. Da wolle er sich nicht einmischen. Aber für die Träger sei nichts geregelt. Es gehe schlichtweg darum, dass die Politik deutlich mache, welche Qualität, welche Notwendigkeiten gesehen würden. Dazu werde nichts gesagt. Seine Fraktion werde dem Antrag so nicht zustimmen.

Norika Creuzmann (GRÜNE) macht darauf aufmerksam, dass in der Anhörung ein paar Punkte genannt worden seien, die zu kurz gekommen seien oder nicht genannt

worden seien. Die Anhörung habe einzelne Aspekte beleuchtet. Dieser Antrag fordere die Landesregierung auf, eine Strategie zu entwickeln und Punkte aus der Anhörung zu berücksichtigen. Nachdem diese Strategie vorgestellt worden sei, könne der Ausschuss gemeinsam überlegen, was fehle, was verbessert werden müsse, was vielleicht unnötig sei.

Der Ausschuss stimmt dem Antrag der Fraktion der CDU und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache 18/2550 mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD und AfD bei Enthaltung der FDP-Fraktion zu.